

# Stenographisches Protokoll

6. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode  
Donnerstag, 26. Mai 1994

## Inhalt

**Fragestunde** (S. 96)

Erklärung des Vorsitzenden (S. 99)

### Tagesordnung

#### 1. Ldtgs.Zl. 6-1/27:

Wahl des Landeshauptmannes gemäß Art. 43 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 100)

Auszug der FPÖ-Fraktion

Redner: Dr. Hofer (S. 100), Ferlitsch (S. 102), Mag. Trunk (S. 103), Dkfm. Scheucher (S. 104)

Feststellung des Vorsitzenden, daß mangels des erforderlichen Zweidrittel-Anwesenheitsquorums die Wahl des Landeshauptmannes und in der Folge die Wahl der Landesregierung nicht durchgeführt werden kann (S. 106)

#### 9. Ldtgs. Zl. 27-2/27:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum Bericht des Landeskontrollamtes über die Verwendung der Landesmittel für die nach dem Golfkonzept errichteten Golfanlagen, Zahl: KA 118/3/93

Berichterstatter: Koncilia (S. 106)  
Einstimmige Annahme (S. 107)

**Beginn:** Donnerstag, 26.5.1994, 14.06 Uhr

**Ende:** Donnerstag, 26.5.1994, 15.05 Uhr

## Beginn der Sitzung: 14.06 Uhr

**Vorsitz:** Erster Präsident **Unterrieder**

**Anwesend:** 36 Abgeordnete

**Mitglieder des Bundesrates:**  
**Pfeifer, Ing. Kerschbaumer, Eberhard**

**Am Regierungstisch:** (während der Fragestunde:) Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landesrat **Schiller**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

**Schriftführer:** Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren von der Presse und auf der Zuschauergalerie! Ich darf Sie recht

herzlich zur 6. Sitzung des Kärntner Landtages begrüßen.

Bevor wir zur Fragestunde kommen, darf ich dem Haus mitteilen, daß mir eine Delegation der Kärntner Bürgermeister eine Resolution überreicht hat, mit der Forderung, daß die rasche Neuwahl der Kärntner Landesregierung durch die Anwesenheit der Mandatäre der Freiheitlichen Partei ermöglicht wird. Die Resolution habe ich an die Klubobmänner weitergereicht. Ich kann mich dieser Resolution nur anschließen und darf die Damen und Herren freiheitlichen Abgeordneten wirklich bitten, im Sinne ihres Gelöbnisses zu überlegen, ob die Wahl der Landesregierung nicht doch in der heutigen Sitzung erfolgen könnte, damit in diesem Lande wieder eine neu zusammengesetzte Regierung arbeitsfähig ist. Die Bevölkerung hat, wie viele Meldungen zeigen, für die derzeitige Vorgangsweise kein Verständnis

## Unterrieder

mehr. Die Bevölkerung hat vom ständigen Ausziehen einer Fraktion genug, wenn es um die Wahl des Landeshauptmannes und um die Wahl der neuen Landesregierung geht.

Vor Eingehen in die Tagesordnung wird eine Fragestunde abgehalten.

## Fragestunde

Wir kommen zur 1. Anfrage:

### 1. Ldtgs. Zl. 16/M/27:

#### **Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold**

Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold! In diesem Hause haben wir immer wieder, durch die Jahre hindurch, uns mit der Drautal Bundesstraße B 100 im Bereich des oberen Drautales befaßt. Wir alle wissen, daß in den letzten Jahrzehnten 29 Varianten und Möglichkeiten auf Trassenführungen ausgearbeitet wurden. Konkret wurde in den letzten Jahren unter dem damaligen Landeshauptmann Dr. Haider, unter Landesrat Jörg Freunschlag als Straßenbaureferent, und unter Ihnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter an dieser Lösung der Umfahrung der Ortschaften Kleblach, Steinfeld und Greifenburg gearbeitet. Es ist im Winter des vergangenen Jahres, im Jänner, auch möglich gewesen, vor Ort in Lengholz mit dem Naturschutzbeirat eine für alle tragbare Lösung zu finden, so daß der erste Bauabschnitt im Bereich Kleblach-Lengholz geplant wurde. Das wurde dann an die Bundesregierung weitergeleitet, wobei bis jetzt diese Trassenführung weder verordnet noch das versprochene Anhörungsverfahren durchgeführt wurde.

Deshalb meine Anfrage an Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitungen zum Ausbau der B 100 im oberen Drautal, besonders bezüglich des ersten Bauabschnittes der Umfahrung Kleblach? Bitte!

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter

**Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bevölkerung des Drautales hat einen Anspruch darauf, daß diese Straße endlich gebaut wird. Schließlich konnten für den ersten Bauabschnitt bereits Anfang 1993 - das ist jener Zeitpunkt, von dem Sie gesprochen haben - eine Trasse gefunden werden, welche sowohl die Zustimmung des Naturschutzbeirates als auch der in diesem Bereich besonders betroffenen Bauernschaft erhalten hat. Dieser Kompromißlösung stimmte auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zu und genehmigte den Rohentwurf bereits im Juli des Vorjahres. Darüber hinaus wurde der erste Abschnitt der inzwischen begonnenen Grünbrückenplanung - es ist für die Überwindung eines dort befindlichen Wildwechsels eine Grünbrücke notwendig - sowie die Eröffnung der für den Baubeginn notwendigen Kostenstelle genehmigt. Dennoch hat Bundesminister Dr. Schüssel das erforderliche Anhörungsverfahren wegen der Höhe der Baukosten, wie sich später herausstellte, nicht eingeleitet.

Ich habe daher einen weiteren Gesprächstermin mit dem Wirtschaftsminister zur Klärung dieser offenen Frage urgieren. Bei der Besprechung am 13. Mai, bei der auch die Vertreter des Rechnungshofes und die höchsten Beamten des Ministeriums anwesend waren, verlangte das Bundesministerium schließlich, von der ursprünglichen Forderung, nämlich diese Straße nach HQ 100 (das ist ein Hochwasserschutz, der den hundertjährigen Durchschnitt betrifft) zu errichten, abzurücken und die Trasse auf die Basis eines 30jährigen Hochwasserschutzes zu stellen. Das heißt, es wird jetzt die Planung auf HQ 30

**Ing. Reichhold**

fortgesetzt. Weiters wurde vereinbart, daß diese Grünbrücke in einer etwas billigeren Ausführung kommen soll.

Angesichts dieser Ergebnisse dieser Gesprächsrunde steht einer sofortigen Einleitung des Anhörungsverfahrens im Prinzip nichts mehr im Wege. Ich hoffe, daß Bundesminister Dr. Schüssel sich im Interesse der betroffenen Bevölkerung an seine jüngste Zusage hält und dem raschen Ausbau der B 100 im Bereich Kleblach-Lind nichts mehr im Wege stehen wird.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Man sieht ja, daß die freiheitlichen Regierungsmitglieder fleißig arbeiten. (*Lautes Lachen von der Zuhörergalerie. - Beifall des Abg. Dr. Traußnig*)

Meine Frage dazu ist: Wie geht es weiter? (*Lärm im Hause. - Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Schwager, bitte!*) Die Gemeinden sind dazu ja befragt worden. Die Gemeinde Steinfeld, die an das Baulos Lengholz anschließt, hat bereits 1989 der Landesregierung nach einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluß den Wunsch der bahnp parallelen Trassenführung mitgeteilt. Im vergangenen Jahr wurde noch einmal im Gemeinderat darüber befunden und wieder mit einer großen Mehrheit, mit 18 : 1 Stimmen, wiederum der Landesregierung diese Trassenführung mitgeteilt.

Deshalb meine Frage an Sie, ob es möglich ist, anschließend an dieses Baulos Kleblach-Lengholz dann - Steinfeld mit seinen Engstellen und der Ortsdurchfahrt ist ein besonders neuralgischer Punkt - auch die Planung für die Umfahrung Steinfeld vorzusehen. Bitte!

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Aus meiner Sicht: ja. Natürlich hängt das auch von der Mitarbeit der Gemeinde ab.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Das kann ich zusichern. - Eine Zusatzfrage, die im weiteren Sinne auch mit der B 100 zu tun hat ist, daß die BH Spittal beabsichtigt - weil nachweislich der Schwerverkehr im Drautal in einem hohen Ausmaße seit der Aufhebung wieder zugenommen hat -, wieder eine Tonnagebeschränkung sowie ein Anhängerfahrverbot zu verordnen und dahingehend an der B 100 auch Lärmmessungen vornimmt und Gutachten von allen Gemeinden, der Gendarmerie, den Kammern usw. einholt.

Weil sich das schon einige Monate hinzieht, möchte ich fragen, bis wann Aussicht besteht, daß wieder eine gesetzeskonforme Tonnagebeschränkung und ein Anhängerfahrverbot verordnet werden kann.

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, wird diese Tonnageverordnung mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Spittal erlassen werden können. Es ist natürlich vom Ausgang des Verfahrens abhängig, wann und in welcher Form dieser Bescheid rechtskräftig erlassen wird. Meinen Informationen nach stehen die Erhebungen kurz vor dem Abschluß.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 1. Anfrage beendet. - Wir kommen zur 2. Anfrage:

**2. Ldtgs. Zl. 17/M/26:****Anfrage der Abgeordneten Kövari an Landesrat Schiller**

Ich bitte Sie zu sprechen, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete **Kövari** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Anfrage steht in Bezug zum EU-Beitritt, der für den 12. Juni 1994 für die Österreicher zur Abstimmung vorgesehen ist. Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang in der Bevölkerung das Interesse zwar groß ist, aber daß die Information im Detail nicht so weitreichend ist, wie es zum Teil notwendig wäre.

Der Wert der Umwelt ist nicht kalkulierbar und daher auch nicht wertbar. Besteht daher nicht die Gefahr, daß in der EU, die hauptsächlich eine wirtschaftliche Gemeinschaft und ein wirtschaftlicher Zusammenschluß ist, daß gerade Umweltanliegen vernachlässigt werden? Ökologie und Ökonomie dürfen einander nicht ausschließen. Ökologie ist eigentlich Langzeitökonomie. Auch ressortübergreifend betrifft sie die Landwirtschaft, die Energiepolitik, die Verkehrspolitik und das Bauwesen.

Daher meine heutige Anfrage an Sie, Herr Landesrat Schiller: Sind die österreichischen und insbesondere die Kärntner Umweltschutzstandards durch einen EU-Beitritt abgesichert?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Die Kärntner Landesregierung beschloß einstimmig in der 86. Sitzung am 13. April 1993 die "Deklaration Kärnten und die Europäische Gemeinschaft", mit welcher die Grundsätze festgelegt wurden, die für die weiteren Verhandlungen bezüglich der Integration Österreichs, und damit auch des Landes Kärntens, zu wahren sind.

Zum Bereich "Umwelt" wird im Kapitel 2 der gegenständlichen Deklaration ausgeführt, daß Kärnten durch große Anstrengungen in vielen Bereichen des Umweltschutzes ein sehr hohes Niveau erreicht hat, das teilweise die Standards der EU übertrifft. Es wurde daher die Forderung erhoben, daß dieses Niveau bei einem EU-Beitritt gewahrt bleibt. Das Kapitel "Umwelt" konnte bei den Beitrittsverhandlungen auf Ministerebene in Brüssel am 21. Dezember 1993 abgeschlossen werden, nachdem eine Einigung über das sogenannte Umweltpaket erreicht

wurde. Diese Einigung bedeutet jedenfalls die Beibehaltung der höheren Umweltstandards in Österreich während einer Übergangsfrist von vier Jahren. In diesem Zeitraum wird die EU ihre Standards im Sinne einer Anhebung überprüfen. Sollte es binnen der Vierjahresfrist zu keiner Verbesserung der betreffenden EU-Standards kommen, hat Österreich im Falle der EU-Mitgliedschaft das in einer gemeinsamen Erklärung verbrieftete Recht, die einschlägigen Schutzklauseln des EG-Vertrages geltend zu machen.

Dieses Ergebnis im Umweltbereich zählt zu den großen Erfolgen Österreichs bei den EU-Verhandlungen. Es hat die österreichischen und die Kärntner Wünsche, wie sie in der Deklaration der Kärntner Landesregierung festgelegt sind, mehr als erfüllt. Das beweist nicht nur, daß die EU in einem positiven Umdenkprozeß dazu bereit ist, ihre eigenen Standards einer Diskussion zu unterziehen, sondern daß sie durchaus gewillt und fähig ist, kleinen Staaten die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen zu geben.

Es bleiben daher Österreichs und damit auch Kärntens höhere Umweltstandards aufrecht. Darüber hinaus beabsichtigt die EU, in den kommenden vier Jahren auf das höhere Niveau nachzuziehen.

Zusammengefaßt ist daher festzuhalten, daß die österreichischen und die Kärntner Standards im Bereich der Umwelt bei einem EU-Beitritt abgesichert sind. Österreich und Kärnten bleiben auch nach einem EU-Beitritt Umweltvorbilder in Europa.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordnete **Kövari** (SPÖ):

Wir sind auf unsere Umweltstandards und unsere Umweltmaßnahmen sehr stolz. Wo sind also ganz konkret unsere Maßnahmen vorbildlich bzw. höher als derzeit in der Europäischen Union?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Österreich hat vor allem im Bereich der Abgasvorschriften eine Vorreiterrolle in Europa inne. Sie wissen ja, daß es seit Jahren die Katalysatorpflicht bei PKWs gibt. Das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen hat teilweise europaweit strengste Grenzwerte, ebenso das Chemikaliengesetz mit seinen Verordnungen und nicht zuletzt das Bundesabfallwirtschaftsgesetz und im Zusammenhang damit die neue Kärntner Abfallwirtschaftsordnung. Darüber hinaus sind für den Kärntner Bereich die Bestimmungen im Kärntner Luftreinhaltegesetz über die Hausfeuerungsanlagen europäisches Vorbild.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordnete **Kövari** (SPÖ):

Es gibt ja grenzüberschreitende Maßnahmen. Können Sie uns sagen, was es aus Kärntner Sicht in dieser Hinsicht bereits an Zusammenarbeit gibt?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Es gibt vor allem Initiativen zwischen der Republik Österreich, dem Bundesland Kärnten und dem Bundesland Steiermark einerseits und der Republik Slowenien andererseits im Zusammenhang mit der Verbesserung der Schadstoffsituation im Bereich des Dampfkraftwerkes Sostan. Dort wird in den nächsten Jahren mit dem technischen Know-how von Kärntner Firmen eine drastische Reduzierung der Schadstoffemission herbeigeführt werden können. Dafür hat das Bundesland Kärnten in Zusammenarbeit mit der Republik und dem Bundesland Steiermark eine Haftung von 100 Millionen Schilling übernommen. Das wird somit zu einer deutlichen Verbesserung des Waldzustandes im südöstlichen Teil Kärntens führen.

Darüber hinaus gibt es mit der Republik Slowenien wissenschaftliche Vorbereitungsarbeiten für zwischenstaatliche Verträge zwischen der

Republik Österreich und der Republik Slowenien, was die Trinkwasserversorgung in den Karawanken betrifft.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage erledigt.

Ich darf feststellen, daß sich für die heutige Sitzung niemand entschuldigt hat; der Landtag ist beschlußfähig. Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 1 kommen, darf ich kurz den Hergang bis zur heutigen Sitzung erklären.

Ich habe versucht, gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Klubs und mit der Präsidiale Gespräche zu führen, bei denen die Parteiobmänner oder die Parteiverantwortlichen sowie die Klubobmänner und die Mitglieder des Präsidiums anwesend waren. Diese Gespräche haben zu keinem positiven Abschluß geführt. Ich habe gestern zu einer Präsidiale eingeladen und in dieser ist wieder keine gemeinsame Entscheidung über die Vorgangsweise zum Tagesordnungspunkt 1 möglich gewesen. Es zeichnet sich somit heute bedauerlicherweise wieder ab, daß durch den Auszug der freiheitlichen Fraktion die Wahl des Landeshauptmannes und hiemit der Tagesordnungspunkt 1 nicht erledigt werden kann.

Ich darf für die Öffentlichkeit noch feststellen, daß die ins Auge gefaßte Europaenquete nicht stattfinden kann, nachdem es terminlich mit Spitzenreferenten nicht mehr möglich war, für die ins Auge gefaßte Sitzung am 7. Juni die Leute zu bekommen. Wir haben daher einvernehmlich diese Sitzung abgesetzt.

Ich darf für die Öffentlichkeit auch mitteilen, daß wir am 10. Juni hier im Landtag den Tag der offenen Tür haben und daß in den Klubs auch die Möglichkeit besteht, daß Sie hier mitwirken. Es wird um 10 Uhr der Film über den Landtag präsentiert und um 11 Uhr gibt es eine Vernissage.

Am 30. Juni wird der Rechnungsabschluß im Kärntner Landtag zur Diskussion stehen. Vorher gibt es die Ausschusssitzungen des Kontrollaus-

## Unterrieder

schusses und des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, damit der Rechnungsabschluß, der bereits im Haus ist, auch erledigt werden kann.

Ich darf von der Präsidiäle her die Verantwortlichen in der FPÖ noch einmal auffordern und ersuchen, in raschester Zeit zu einer Lösung in der Frage Wahl des Landeshauptmannes zu kommen, damit die neue Landesregierung installiert werden kann. Es wurde in der

heutigen Obmännerkonferenz signalisiert, daß es noch zu Gesprächen zwischen den Parteiobmännern kommen sollte. Diese werden nächste Woche stattfinden. Für nächste Woche haben wir keine Landtagssitzung ins Auge gefaßt. Die nächste Landtagssitzung ist für Dienstag in einer Woche mit dem Beginn um 10 Uhr vorgesehen.

## Tagesordnung

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1. (*Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident, bitte!*) Zur Geschäftsordnung Herr Klubobmann Dr. Strutz, bitte.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sie haben den Kärntner Landtag darüber informiert, daß in der heutigen Präsidialsitzung Einvernehmen darüber erzielt wurde, daß in der kommenden Woche ein Gespräch zwischen den Parteiobmännern der Freiheitlichen Partei, der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei stattfinden sollte, in dem eine Lösung zur anstehenden Frage der Wahl des Landeshauptmannes gefunden werden sollte. Ohne diesen Gesprächen und Verhandlungen vorweggreifen zu wollen, stelle ich aus diesem Grunde den Antrag, die Tagesordnungspunkte 1 bis inklusive 8 heute zu vertagen und mit dem Tagesordnungspunkt 9 fortzufahren.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Der Tagesordnungspunkt 9 wäre dann der nächste. Über die Vertagung ist abzustimmen. Dazu brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Ich stelle den Antrag über die Vertagung dieser Punkte zur Abstimmung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, infolgedessen ist der Antrag in der Minderheit geblieben. Wir werden somit die Tagesordnung wieder nicht erledigen können.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 1: (*Unter lebhaften Pfuirufen und Pfiffen von der Zuschauergalerie verlassen die Abgeordneten der FPÖ-Fraktion den Sitzungssaal.*)

### 1. Ldtgs.Zl. 6-1/27:

#### **Wahl des Landeshauptmannes gemäß Art. 43 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten**

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich der Herr Klubobmann Dr. Hofer zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn zu sprechen.

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir erleben den fünften Auszug der FPÖ-Fraktion. Die Blockade im Landtag und in der Landesregierung geht also weiter. Wir wissen alle, auch die Mitglieder der FPÖ-Fraktion, daß diese Blockade von der Bevölkerung abgelehnt und verurteilt wird. Dennoch wird diese Blockade auf dem Rücken der Kärntnerinnen und Kärntner und unseres Landes fortgesetzt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, dieses Verhalten schadet Kärnten. In den anderen Bundesländern lacht man bereits über uns und ein Kopfschütteln ist dort feststellbar. Das Image Kärntens im Ausland leidet. Die Chancen Kärntens im internationalen Wettbewerb der Regionen Europas leiden ebenfalls.

**Dr. Hofer**

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Durch sehr fundierte Beiträge von Abgeordneten dieses Hauses wurde die ungeheure demokratiepolitische Problematik wurden die massiven Auswirkungen dieser Blockade auf die politische Arbeit im Land und in den Gemeinden aufgezeigt. Gerade jetzt vor wenigen Minuten hat es eine Demonstration der Bürgermeister unten im Landhaushof gegeben. Auf das Stocken vieler Projekte im Land und in den Gemeinden, aber auch auf tragische historische Parallelen in unserer Landesgeschichte wurde hingewiesen. Alles war und ist umsonst. Die FPÖ gibt ihre verantwortungslose Haltung nicht auf, der Wille der Bevölkerung kümmert die FPÖ-Mandatare nicht. Meine Damen und Herren, ich höre auf zu unterscheiden zwischen den FPÖ-Mandataren und den sogenannten unabhängigen Mandataren. Diese unabhängigen Mandatare gibt es nämlich nicht. *(Beifall von der Galerie.)* Es kümmert diese Leute nicht, daß so vieles nicht weitergeht. Arbeitnehmer bangen um Arbeitsplätze, Arbeitgeber bangen um Aufträge.

Gestern hat eine Obmännerkonferenz stattgefunden. Meine Damen und Herren, dieses Gespräch war ein Rückschritt! Die FPÖ hat eine Kehrtwendung vollzogen! Die von ihr signalisierte Bereitschaft in der vorigen Woche, eine Änderung ihrer Haltung zur Person des Landeshauptmannes einzunehmen, wurde wieder aus fadenscheinigen Gründen zurückgenommen. Meine Damen und Herren, unter dem Vorwand der Gesprächsbereitschaft werden Gespräche begonnen, die dann wie Seifenblasen platzen, weil man nicht bereit ist, auf die Grundsätze unserer Demokratie zurückzufinden. All das kümmert die FPÖ-Mandatare nicht. Sie sehen nur ihr parteipolitisches Kalkül.

Meine Damen und Herren, Sie wollen jetzt wenige Tage vor dem SPÖ-Parteitag den Spaltpilz in die SPÖ hineinragen und ihre Zersetzungsstrategie in Richtung SPÖ-ÖVP-Kooperation weitertreiben. Das ist die Absicht, die jetzt dahinter steht.

Meine Damen und Herren, ich will bei Gott nicht all das wiederholen, was in diesem Hohen Haus bereits gesagt wurde, aber eines muß immer wieder gesagt werden und auf eines muß immer wieder hingewiesen werden: Die FPÖ

war es, die unser gemeinsames demokratisches Fundament, unseren Grundkonsens verlassen hat. Wir haben die FPÖ eingeladen und wir laden sie auch heute wieder ein, auf dieses Fundament unserer Demokratie zurückzukehren. Diesen Schritt kann aber nur die FPÖ allein setzen.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, vieles auf dieser Welt ist käuflich, manches kann man nicht kaufen, manches darf man nicht kaufen. Wir werden die Rückkehr der FPÖ auf unser demokratisches Fundament im Land sicher nicht einkaufen. Demokratie kann man nicht einkaufen, zur Demokratiegesinnung muß man sich bekennen. Entsprechend dieses Bekenntnisses muß man diese Gesinnung auch praktizieren. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Diese Grundsätze, um die es geht, sind die Anerkennung demokratischer Mehrheiten hier in diesem Hause, die Anerkennung des demokratischen Koalitionsrechtes, aber auch die Anerkennung, daß es kein Diktat einer Minderheit über die Mehrheit geben kann.

Meine Damen und Herren! Die Berufung der FPÖ auf die Sperrminorität in der Kärntner Landesverfassung hält nicht. In den letzten zwei Wochen ist viel passiert und ich glaube, daß man auch darauf ausdrücklich hinweisen sollte. Inzwischen sind in Italien die Neofaschisten an die Regierung gekommen. Das mag uns vordergründig nicht berühren, aber alles, was in unserer Umgebung passiert, berührt uns direkt oder indirekt dennoch. Mich hat dieser Umstand betroffen gemacht und ich meine, daß dieser Umstand mich auch sehr bestärkt hat, bei der Beachtung demokratischer Grundsätze noch mehr Sensibilität zu entwickeln. Ich glaube, wir müssen das angesichts dieser Ereignisse alle tun, die um uns vorgehen.

Die FPÖ hat im Zusammenhang mit der gesamten Prozedur um die EU-Abstimmung ein Wort geprägt, sie hat vom "Verfassungsputsch" gesprochen. Meine Damen und Herren, dieses Wort in dem Zusammenhang, in dem es gebraucht wurde, ist natürlich Unsinn. Aber wenn man die Kärntner Verhältnisse hernimmt, macht dieses Wort Sinn. Was geschieht eigentlich in Kärnten? Unter dem

**Dr. Hofer**

vordergründigen Anschein der Legalität wird eine Verfassungsbestimmung unter Gesetzesbruch mißbraucht, um die Wahl des Landeshauptmannes zu verhindern.

Noch einmal, meine Damen und Herren: Es gibt in diesem Hohen Haus eine Mehrheit von Abgeordneten für die Wahl Christof Zernattos zum Landeshauptmann und diese Wahl wird durch Gesetzesbruch verhindert. In Wahrheit müssen bei allen Demokraten im Lande die Alarmglocken läuten. Wenn man dieses Wort vom Verfassungsputsch gebraucht, dann kann man es auf diese Situation hier in Kärnten anwenden.

In der Zwischenzeit gibt es viele Universitätsprofessoren, die festgestellt haben, daß der dauernde Auszug einer Fraktion von Abgeordneten keinen Protest mehr darstellt, sondern glatten Gesetzesbruch. Aber damit werden verfassungsmäßig vorgegebene Abläufe blockiert und damit ist diese Haltung auch Verfassungsbruch.

Meine Damen und Herren, es ist bezeichnend, daß ein Wiener Journalist vor nicht allzu langer Zeit in Richtung Haider und seiner Crew das Wort von den eiskalten Legalputschisten geprägt hat. Beachten wir bitte aber auch den Hintergrund, vor dem das alles hier stattfindet: Die FPÖ will destabilisieren. Sie will aus dieser Destabilisierung politischen Nutzen ziehen, zum ersten bei der EU-Abstimmung, zum zweiten dann bei der Nationalratswahl. Ich glaube, es war der Dritte Präsident des Wiener Landtages Hirnschal, der diese verantwortungslose rücksichtslos auf Stimmenmaximierung ausgerichtete FPÖ-Europapolitik auch demaskiert hat. Es gibt also derzeit kein übergeordnetes nationales Anliegen mehr, das von der FPÖ außer Streit gestellt wird. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um eine Jahrhundertentscheidung oder um etwas anderes handelt.

Eigentlich ist das gar nicht verwunderlich. Was ist denn das Ziel der FPÖ-Politik? Auch das muß man im Zusammenhang mit den Ereignissen in Kärnten klipp und klar sagen: Die FPÖ will die Abschaffung der Zweiten Republik und ihrer Institutionen. Sie will die Einrichtung der Dritten Republik, was immer man sich darunter vorstellt. Kärnten soll also ausgelotet

werden, wie weit man gehen kann, wie weit diese Erschütterung vorzutreiben ist, inwieweit Kärnten auf Österreich umgelegt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich habe in meinem letzten Beitrag hier im Hohen Haus gemeint, wenn die FPÖ diese Haltung nicht aufgibt, wird das Land weiter Schaden nehmen, ja dann sind Tätlichkeiten Unbesonnener nur mehr eine Frage der Zeit. In der Zwischenzeit wurden Journalisten bei ihrer Arbeit behindert und physisch angerempelt. Die FPÖ wird auch verantwortlich sein, wenn aus politischen Gründen irgendwo etwas anderes passiert, andere Tätlichkeiten passieren.

Ich möchte daher heute die FPÖ nochmals eindringlich warnen: Geben Sie diese Politik der Polarisierung, diese Politik der Verhetzung und des Hasses, diesen Rachefeldzug gegen Christof Zernatto auf. Tragen Sie diese Verhetzung nicht hinein in die Dörfer unseres Landes!

Meine Damen und Herren, ich war am Samstag bei einer öffentlichen Veranstaltung, bei einer Dorfplatzeinweihung in Pisweg unter kirchlicher Assistenz. Diese öffentliche Veranstaltung wurde von Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold mißbraucht, um diese Saat der Verhetzung unter die Leute zu bringen. Das, was wir heute in Kärnten erleben, hat es in der Zweiten Republik noch nicht gegeben.

Noch auf eines darf ich ausdrücklich und klar hinweisen: Die FPÖ hat für dieses Vorgehen keine sachliche und auch keine moralische Berechtigung. Die FPÖ hat ihren Teil dazu beigetragen, daß eine Kooperation mit ihr nicht zustande kam. Sie hat gute Gründe geliefert, daß wir von dieser Vereinbarung noch rechtzeitig zurückgetreten sind. Die FPÖ ist daher in dieser Angelegenheit kein politisches Opfer, sondern politischer Täter. Das möchte ich auch ganz klar sagen.

Meine Damen und Herren, wir wissen aus der Geschichte, daß eine Demokratie, die schwach ist, sich selber in Frage stellt. Man kann und darf die Demokratie nicht grenzenlos strapazieren. Das ist aber dann gegeben, wenn eine Minderheit einer Mehrheit permanent den Willen aufoktroieren will. Das ist dann gegeben, wenn Gesetzmacher zu Gesetzesbrechern mutieren. Für eine solche



**Dr. Hofer**

Beugung der Demokratie, für eine solche Beugung des Rechtes dürfen wir kein Verständnis haben.

Unsere Demokratie braucht gerade in dieser Stunde Festigkeit. Daher, meine Damen und Herren: Wenn die Wahl des Landeshauptmannes auf dem üblichen Weg nicht möglich ist, dann muß auf jene Möglichkeiten zurückgegriffen werden, die für Ausnahmesituationen in unserer Landesverfassung vorgesehen sind. Meine Damen und Herren! Diese Möglichkeiten sind nicht nur ein Recht der Mehrheit. Diese Möglichkeiten aufzugreifen, ist dann eine Pflicht, wenn nur so (sozusagen als letztes Mittel) ein unhaltbarer und für die Bevölkerung und für das Land unzumutbarer Zustand überwunden werden kann. Ich habe das Gefühl, Hohes Haus, daß wir uns langsam diesem Zeitpunkt nähern, wo wir uns darüber Gedanken machen müssen. Danke! *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Abgeordneter Ferlitsch zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Ferlitsch** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren der Presse! Liebe Bürgermeister! Verehrte Zuhörer! Es ist für mich eigentlich bedrückend, wenn ich weiß, daß ich heute meine erste Rede vor dem Hohen Haus halten muß, aber eine Fraktion nicht anwesend ist. Über die Gründe ist schon allzu oft gesprochen und ausführlich diskutiert worden. Ich muß ehrlich sagen, daß es mich als Bürgermeister und als über 20jähriger Kommunalpolitiker sehr, sehr bedrückt, wie man im Lande mit dem Gelöbnis umgeht. Eine Fraktion hat zwar das Gelöbnis abgelegt, weiß es aber nicht zu halten. Daher noch einmal zurück in eine Gemeindestube einer ländlichen Gemeinde, wo man bestrebt und versucht ist, für alle Menschen da zu sein. Ich könnte mir vorstellen, daß es auch im Bundesland Kärnten nicht anders sein sollte wie in einer kleinen Gemeinde. Denn es sind da wie

dort die gleichen Menschen. Daraus resultiert eine gewisse Verpflichtung, die wir alle gemeinsam eingegangen sind: daß wir nach der Wahl für die Menschen, für unsere Kärntnerinnen und Kärntner einzutreten haben. Genauso, wie heute die Bürgermeister, Vorstandmitglieder und Gemeinderäte unserer 131 Kärntner Gemeinden es getan haben; wohl wissend, daß sie eine Verantwortung für unsere Bevölkerung in den Gemeinden und in unserem schönen Bundesland Kärnten zu tragen haben. Daraus ist zu ersehen, daß es für mich und uns unverständlich ist - und mein Vorredner, Klubobmann Dr. Hofer hat es bereits einige Male betont -, daß man diesen Kärntner Landtag nicht derartig sieht.

Ich darf als Bürgermeister, der mit über 80 % der Stimmen zum Bürgermeister direkt gewählt worden ist - also auch von freiheitlichen Gemeindebürgern, die sehr wohl Demokraten sind und alles demokratisch sehen -, auch an die freiheitlichen Abgeordneten den Appell richten, daß sie endlich einsehen mögen, daß Kärnten nicht der Spielball der Demokratie ist, sondern daß der Kärntner Landtag für die Kärntnerinnen und Kärntner da zu sein hat. Kärnten braucht dies. Auch dies ist schon einige Male angesprochen worden: daß wir innerösterreich und auch über die österreichischen Grenzen hinweg, im Ausland, nicht besonders gut dastehen. Im deutschsprachigen Raum lächelt man teilweise über Kärnten. Ist das der richtige Weg? Haben wir für diesen Weg die Verantwortung übernommen - oder für einen anderen Weg? Ich glaube, daß wir daraus die Verpflichtung erkennen müssen, daß wir für unsere Kärntnerinnen und Kärntner da zu sein haben.

Zurück zum Bürgermeister: Ich bin Bürgermeister einer Abgangsgemeinde; habe mit dem gesamten Gemeinderat viele Zukunftspläne vor mir, wo wir großteils einstimmige Beschlüsse fassen. Aber wie soll das weitergehen? Wenn auch klar gestellt ist, daß wir über 350 Millionen Schilling an Budgetmitteln demnächst ausbezahlt bekommen werden - aber die langfristige Planung fehlt! Auch die Bürgermeister erwarten sich, daß so schnell wie möglich die Kärntner Landesregierung steht und im Hinblick auf längerfristige Vorhaben zu arbeiten beginnt.

## Ferlitsch

Es stehen uns aber auch noch andere Probleme ins Haus. Wenn wir wissen, daß unter Umständen der EU-Beitritt mit 1.1.1995 über die Bühne gehen sollte, so sind sehr, sehr viele Vorbereitungsarbeiten auch von seiten der Gemeinden und vom Bundesland Kärnten zu vollziehen. Auch die Bundesstaatsreform steht an. Das sind alles Arbeiten, die zu vollbringen sind.

Daher, glaube ich, sollten wir uns alle, und vor allem die Freiheitliche Landtagsfraktion, auf die Gelöbnisformel besinnen.

Über die Demokratie ist heute auch schon sehr viel gesprochen worden. Wenn wir wissen, wieviele Jahrzehnte, Jahrhunderte würde ich sagen, in Südafrika keine Demokratie vorherrschte, Tausende von Toten, und nunmehr sind alle Menschen glücklich und haben die Demokratie erreicht. Wenn man dann die Situation hier mit einer Fraktion vergleicht, muß man sich gewisse Gedanken machen.

Ich darf daher als Abgeordneter zum Kärntner Landtag und als Bürgermeister einer kleinen Landgemeinde die Freiheitliche Fraktion ersuchen, daß sie es endlich ermöglicht, daß in Kärnten für unsere Bevölkerung weitergearbeitet werden kann. Dankeschön. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Trunk. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Trunk** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meinem letzten Debattenbeitrag zur Landeshauptmannfrage vermerkt, daß es schon lange nicht mehr um die Person Christof Zernatto geht, sondern daß dieser nur zufällig so heißt. Das heutige Verhalten der FPÖ hat bewiesen, daß es dieser Fraktion und dieser sogenannten demokratischen Partei einzig um Zerstörung geht; um eine Zerstörung, die auch ein Verhalten beweist, die in den letzten Wochen zwar in allen Medien zu lesen und zu registrieren war, aber letztlich selbst von

Journalisten unkommentiert blieb. Es geht um die Achtungs- und Ehrlosigkeit, mit welcher die FPÖ-Abgeordneten - und nicht nur ihr Anführer - die Angelegenheit der demokratischen Wahl eines Kärntner Landeshauptmannes behandeln, und zwar in der Weise, daß mittlerweile (in den letzten drei Wochen) eine Reihe, und ich würde sagen eine Unreihe von Vorschlägen für die Position des Landeshauptmannes durch die FPÖ eingebracht wurde.

Diese Achtungs- und Ehrlosigkeit vor der höchsten Funktion im Lande Kärnten entspricht der politischen Kategorie der Destruktion, des Chaosschaffens und der Destabilisierung demokratischer Prinzipien. Wenn ich das letztmal gemeint habe und die FPÖ-Abgeordneten aufgefordert habe: "... wenn sie mit dem Part der Geschichte zwischen 1930 und 1933 nichts zu tun haben wollen, dann kommen Sie wieder!" Heute fordere ich nicht mehr, sondern ich stelle fest, daß Sie mit Ihrem Verhalten mit diesem Part der Geschichte zeitgenössisch leider zu tun haben.

Eine Auflistung der Vorschläge: Ich nenne nicht alle Namen; sonst würde ich meine und Ihre Zeit zu lange in Anspruch nehmen, denn es sind unter anderem Namen dabei, die nicht den Wert haben, genannt zu werden.

Erstens: Jörg Haider kandidiert während des sogenannten Jahrhundertwahlkampfes in Kärnten als Landeshauptmann-Kandidat. Er wird von seiner Partei weder in den Medien noch hier auf dem sogenannten Amtsweg als Landeshauptmann-Kandidat vorgeschlagen. Zynisch formuliert, stelle ich die Frage, die natürlich wirklich zynisch gemeint ist: Ist die FPÖ-Fraktion nicht einverstanden mit ihrem Spitzenkandidaten, der seinerzeit als Landeshauptmann kandidierte, wenn sie ihn nicht einmal vorschlägt? Aber ich glaube, ich halte es doch mit den Worten von Peter Ambrozy, der gemeint hat, Haider hat sich nach Wien - und ich ergänze, nach Bayern - vertschüßt, um dort mit wenig Applaus wieder nach Österreich zurückgeschickt zu werden.

Zweitens: Die FPÖ benützte Robert Rogner in ihrer Wahlkampfmaschinerie als sogenannten unabhängigen Kandidaten, hat ihn hier hereingesetzt. Und er hat auch so gewirkt, als ob er ge-

**Mag. Trunk**

setzt worden wäre und sich nicht selbst gesetzt hätte. Er hat es eine Zeitlang ertragen; hat sich mittlerweile aus diesem Landtag verabschiedet, mit der eindeutigen Feststellung, daß er mit diesem ständigen Ausziehen nichts zu tun haben wolle. Ehrlich gesagt, ich hätte mir von Robert Rogner - egal, wie ich zu seiner Form der Wirtschaftspolitik stehe und wie meine Position dazu ist - erwartet, daß er seinen Beitrag zur Demokratie geleistet hätte und ganz einfach hiergeblieben wäre. Das war aber nicht möglich. Robert Rogner hat sich mittlerweile offiziell klar von dieser Destruktionspolitik distanziert. Er hat sich offiziell von der Linie der FPÖ distanziert. Und daraufhin wird Robert Rogner von der FPÖ als Landeshauptmann-Kandidat vorgeschlagen, das heißt, in Wirklichkeit hat man seinen Namen wieder mißbraucht: in den Medien vorgeschlagen - aber kein einziges Mal hier auf dem Amtsweg im Hohen Haus.

Ich glaube, die FPÖ müßte wissen - denn es gibt einige, die schon zumindest eine Periode lang hier sitzen -, daß ein Landeshauptmann in jedem Fall von dem demokratisch gewählten Abgeordneten gewählt wird, aber nicht in oder von den Medien.

Gestern, vorgestern oder vielleicht gerücheweise seit drei Tagen schlagen Sie, auch in den Medien, unter anderem Peter Ambrozy, den Klubobmann und vormaligen Vorsitzenden der Kärntner SPÖ, vor. Peter Ambrozy, den Sie als Regierungsmitglied und Landeshauptmann-Stellvertreter in mehr als einer Sitzung boykottiert haben; den Sie öffentlich gedemütigt haben! Und nun mißbrauchen Sie sogar die Ehre des Mannes, der zu und mit einem Pakt und Vertrag steht, den er mitunterzeichnet hat!

Und ich meine, und das ist kein Appell an die FPÖ, sondern eine Feststellung: Sie müssen wissen, daß es in diesem Lande Kärnten - vielleicht nicht immer, aber Zeiten der Not bringen oft mehr Vernunft - ein Band der Demokratie und der Glaubwürdigkeit gibt, getragen von Frauen und Männern, die Rückgrat besitzen. Und dieses Band der Vernunft, der Ehre und Achtung, die wir wiederherzustellen haben, werden Sie, als zerstörerische Kraft, nicht zerstören! (*Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion sowie von der Zuhörergalerie*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Präsident Scheucher zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Es geht mir heute darum, die Abgeordneten der FPÖ mit einigen Gedanken zu konfrontieren, die den einen oder anderen der Freiheitlichen Fraktion vielleicht (ich sage, vielleicht) zum Nachdenken bringen könnten.

Klubobmann Dr. Strutz hat erst jüngst über die Medien erklärt, daß seine Partei das Recht auf freie Koalitionsbildung im Kärntner Landtag grundsätzlich anerkenne. Aber ich will ihn heute nicht am Unterschied zwischen den Worten und den Handlungen messen. Ich möchte ihm als Kollege nur folgendes sagen: Jede demokratische Politik beruht auf dem Grundsatz gegenseitiger Zugeständnisse. Wer heute sagt, er kenne keine Kompromisse, mißachtet unsere demokratische Lebensform. Die Bereitschaft zum Kompromiß ist für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht Prinzipienlosigkeit; sondern die Kunst des Ausgleichens und der Versöhnung! Eine Kunst, die dringend benötigt wird, um Landtag und Regierung - im Interesse der Kärntner Bevölkerung - handlungsfähig zu erhalten.

Die Abgeordneten der FPÖ glauben jetzt, standhaft bleiben zu müssen, um das Gesicht zu wahren. Aber ich glaube, daß sie schon längst nicht mehr sicher sind, ob sie auch wirklich den richtigen Weg beschritten haben. Die Vernunft sagt ihnen schon längst, daß sie sich selbst aus der demokratischen Kärntner Politik ausschließen, wenn sie nicht zur Kompromißbereitschaft zurückkehren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der tagespolitischen Diskussion jenen Punkt erreicht, der uns mahnt, an die Grundwerte zu erinnern: An die Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens; an die Grundwerte der Demokratie; an die Grundwerte der Liebe zum Vaterland und zur Kärntner

**Dkfm. Scheucher**

Heimat. Aus dieser, vor allem seitens der FPÖ immer wieder geäußerten Liebe ergibt sich doch die Notwendigkeit, zur Vernunft zurückzufinden!

Ich weiß, daß die Kollegen und Kolleginnen der FPÖ an den Lautsprechern lauschen. Daher mein Appell: Kehrt zurück zur Vernunft! Pervertiert nicht die Demokratie! Pervertiert nicht den Parlamentarismus! Und grenzt euch nicht aus!

Ich weiß schon: Jeder Abgeordnete muß seine Loyalität zwischen seiner Partei, seiner Region und seinem Gewissen aufteilen. Ich verstehe auch, daß die Damen und Herren von der FPÖ in Parteiangelegenheiten der Parteitreu den Vorrang einräumen. Aber Sie müssen doch endlich erkennen, daß es hier, im Kärntner Landtag, und in der Frage des Landeshauptmannes nicht mehr um Parteitreu geht. Ich sage es bewußt einfach und kurz: Es geht um mehr. Es geht um unsere demokratische Lebensform, mit der wir - trotz verschiedener Schwierigkeiten und Widrigkeiten - als Kärntner seit dem Jahre 1945, unter dem Strich gesehen, gute Erfahrungen gemacht haben.

Nach wie vor halte ich die Damen und Herren von der FPÖ für Demokraten. Fraglos gibt es in der FPÖ Leute, die bei konstruktiver Zusammenarbeit diesem Land viele Impulse geben könnten. So aber droht ein Riß; so aber droht eine Verzerrung, die allen (ich betone, allen) schadet. Das Erfordernis des Quorums ist sicher ein festgeschriebener Tatbestand der Verfassung, der als Signal zu verstehen ist; der aber nie und nimmer zu Obstruktion führen darf.

Wir alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen doch täglich mit der Bevölkerung in Kontakt und stellen fest, daß mit jedem Tag länger, den dieser Zustand andauert, unserem Land ein immer größerer Schaden zugefügt wird. Das ist ein Schaden, der immer schwieriger zu reparieren sein wird.

Daher appelliere ich an die FPÖ, Mut zu zeigen, Zivilcourage zu zeigen - und nicht länger die demokratische Lebensform der Kärntner Bevölkerung zu blockieren! Wenn die FPÖ diesen Mut und diese Zivilcourage aufbringt, werden vielleicht einige ihrer Anhänger enttäuscht sein. Die überwiegende Mehrheit aber, auch in ihren

eigenen Reihen, wird aufatmen und dankbar sein, daß dieser böse Spuk ein Ende gefunden hat.

Wenn aber die Damen und Herren der FPÖ dazu nicht in der Lage sind, dann riskieren sie, daß immer mehr Kärntnerinnen und Kärntner mit dem Finger auf sie zeigen werden. Man wird sie dann als jene Politiker in Erinnerung behalten, denen die hundertprozentige Parteitreu mehr bedeutet als die Treue zur Demokratie und die Treue zu unserer Heimat.

Ich möchte mit einem Ausspruch von Elisa Canetti schließen, der einmal gemeint hat: "Der Mensch baut sich selbst die Umwelt, die ihn verschlingt." Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die FPÖ befindet sich, politisch gesehen, auf dem Weg dorthin. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Starker Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion sowie von der Zuhörergalerie*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Nachdem das notwendige Quorum nicht vorhanden ist, sind die Tagesordnungspunkte 1 bis 8 unterbrochen. - Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9:

**9. Ldtgs.Zl. 27-2/27:**

**Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum Bericht des Landeskontrollamtes über die Verwendung der Landesmittel für die nach dem Golfkonzept errichteten Golfanlagen, Zahl: KA 118-3/93**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Koncilia. Ich darf ihn bitten, zu sprechen!

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt liegt ein Bericht des Landeskontrollamtes vom 15. November 1993 vor, der die Verwendung der Landesmittel für die nach dem Golfkonzept

## Koncilien

errichteten Golfanlagen in Kärnten zum Inhalt hat. Dieser Prüfung war das Golfkonzept für Kärnten zugrunde gelegt, welches die Landesregierung im März 1988 zur Kenntnis genommen hat und zu welchem Zeitpunkt zwei Golfplätze, und zwar in Dellach und in Bad Kleinkirchheim, in Betrieb waren sowie weitere Projekte bereits in Angriff genommen wurden.

Mit dem von der Landesregierung erstellten Golfkonzept für Kärnten sollten die Grundlagen und Rahmenbedingungen des Golfsportes in Kärnten aufgezeigt und Vorschläge für den weiteren Ausbau von Golfplätzen erstellt werden. Es wurden die Möglichkeiten der Einrichtung von Golfregionen in Kärnten durchleuchtet, die Entwicklung des Golferpotentials etwa bis zum Jahre 2000 abgeschätzt und Richtwerte für Investition- und Betriebskosten für einen erfolgreichen Golfbetrieb angegeben. Darauf aufbauend ist eine schrittweise Umsetzung in ausgewählten Standorträumen empfohlen worden.

Im Jahre 1992 sind die bis dahin erfolgten Entwicklungen des Golfsportes einer Überprüfung unterzogen worden und das Ergebnis ist in einem sogenannten Golfkonzept II zusammengefaßt worden. Dabei wurde zwischen Standorträumen mit einer grundsätzlichen sinnvollen Errichtung von Golfanlagen und solchen mit raumstrukturellen Defiziten unterschieden.

In wirtschaftlicher Hinsicht stellte die Studie damals fest, daß die wirtschaftlichen Erwartungen nur zum Teil eingetroffen seien, die Mitgliederzahlen überwiegend nicht erreicht wurden und eine hohe Abhängigkeit speziell von ausländischen Gästen bestehe. Angesichts dieser aufgezeigten wirtschaftlichen Problematik hat die Landesregierung im Februar 1993 diese Studie unter bestimmten Voraussetzungen zur Kenntnis genommen und damit einen konkreten Rahmen festgelegt, in dem in Zukunft finanzielle Unterstützungen seitens des Landes möglich sein sollten. Das Kontrollamt führt in seinem Bericht weiter aus, daß Inhalte der Förderungen, Beteiligungen, Beihilfen oder Zuschüsse, Zinsenzuschüsse, Bedarfszuweisungen sowie Grundstücksüberlassungen mit ein Teil der Überlegungen gewesen sind.

In einem zweiten Abschnitt behandelt der Kontrollamtsbericht die Förderung ganz konkreter Golfanlagen, und zwar Bad Kleinkirchheim, Golfklub Dellach, Touristik-, Golf- und Sportanlagen Faaker See, Golfanlagen Hattendorf im Lavanttal, Golfanlagen Klopeiner See, Turnersee, Golfanlage Moosburg, Pörschach, Krumpendorf, Golfplatz Klagenfurt Wörther See sowie Golfanlagen Velden, Köstenberg.

Als Überprüfungsergebnis hat das Kontrollamt grundsätzliche Feststellungen und Anregungen getroffen und insbesondere darauf hingewiesen, daß weitgehend eine Abstimmung der Förderungen nach Art und Höhe sowie eine Übereinstimmung der Förderungen mit den Empfehlungen des von der Regierung beschlossenen Golfkonzeptes gefehlt hat.

Der gegenständliche Prüfungsbericht wurde in der ersten Sitzung des Kontrollausschusses am 19. Mai 1994 einer Beratung unterzogen. Als Ergebnis der Ausschußdiskussion kann festgestellt werden, daß der Kontrollamtsbericht eindeutig die Problematik der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Golfprojekte aufgezeigt hat und man generell Überlegungen anstellen wird müssen, ob eine Ausweitung der Golfanlagen in Kärnten für die Zukunft noch sinnvoll erscheint und wie weit diese finanziell unterstützt werden können.

Von seiten des Kontrollausschusses wurde dieser Prüfbericht nach eingehender Diskussion einstimmig zur Kenntnis genommen und beschlossen, diesen Bericht dem Hohen Haus zuzuleiten und ihn hier zu behandeln.

Ich beantrage daher das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte. - Es liegt keine Wortmeldung vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)*

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landeskontrollamtes vom 18. 11. 1993, Zl. KA-11-118/3/93, über die Verwendung der Landesmittel für die nach dem Golfkonzept errichteten Golfanlagen sowie die

**Koncilia**

Äußerungen der Landesregierung vom 2. 2. 1994, Zl. LAD-252/2/94, und des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds vom 12. 1. 1994 werden zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme.

*(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Sozialausschuß konstituiert sich jetzt. Ich bitte, daß man im Kleinen Wappensaal die Konstituierung vornimmt.

**Ende der Sitzung: 15.05 Uhr**